Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (VSK) in Basel

Erscheint wöchentlich 8-16 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 10. – per Jahr, Fr. 5.50 per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20. – per Jahr



Redaktion: Dr. WALTER RUF Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (VSK) Basel, Tellstrasse 62/64

Inhalt: Der genossenschaftliche Standpunkt zur Finanzvorlage. — Der Stand der Kleinhandelspreise in den Schweizerstädten am 1. März 1940. — Antrag im Nationalrat auf Steuerfreiheit der Rückvergütungen. — Brot und Milch werden teurer. — Die Schweizerische Mustermesse 1940 – ein entschlossenes und mutvolles Ja zur Wirklichkeit. — Verwaltungskommission. — Genossenschaftliches Seminar. — Versammlungskalender. — Arbeitsmarkt.

Der genossenschaftliche Standpunkt zur Finanzvorlage.

In der Eintretensdebatte zur eidgenössischen Finanzvorlage, über die nächste Woche vom Parlament endgültig Beschluss gefasst werden soll, hat Herr Nationalrat H u b e r, Präsident des Aufsichtsrates des V.S.K., mit ausgezeichneter Argumentation die grundsätzliche Haltung der Konsungenossenschaften zu den geplanten Finanzmassnahmen festgelegt. Herr Nationalrat Huber führte aus:

Wenn ich mich zum Wort gemeldet habe, geschah es, um in meiner Eigenschaft als Genossenschafter Sie über die Stimmung und über die Auffassung, die in Genossenschaftskreisen und insbesondere im Verband schweizerischer Konsum vereine besteht, zu orientieren. Der Verband schweizerischer Konsumvereine hat in seiner Eingabe an die nationalrätliche Kommission ausdrücklich die Notwendigkeit der Beschaffung neuer Mittel anerkannt und auch namens der Genossenschaften die Bereitschaft erklärt, neue und zwar bedeutende Lasten zu übernehmen. Aber er hat hinzugefügt, und ich möchte das mit aller Deutlichkeit hier wiederholen, dass diese Bereitschaft insbesondere an zwei Bedingungen geknüpft ist; in erster Linie an die Bedingung, dass Wesen und soziale Bedeutung der Genossenschaften in der Vorlage eine angemessene Würdigung erhalten. Leider müssen wir feststellen, dass keine dieser beiden Bedingungen bis heute erfüllt ist. Schon die Vorlage des Bundesrates ist weit davon entfernt, eine auch nur einigermassen gerechte Verteilung der Lasten zu bringen. Der Ständerat hat dieses Missverhältnis der Lastenverteilung noch verschlimmert zu Gunsten des Besitzes, zum Nachteil der Besitzlosen und vor allem der Verbraucher. Wir anerkennen gerne, dass die nationalrätliche Kommission etwelche wenn auch recht bescheidene Milderungen vorschlägt, aber auch diese Milderungen sind durchaus ungenügend.

Was die zweite Bedingung des Verständnisses und der Würdigung des Wesens und der sozialen Bedeutung der Genossenschaften anbetrifft, so müssen wir leider sozusagen jedesmal, wenn eine derartige Vorlage erscheint, konstatieren, dass wir sowohl im Bundesrat wie noch mehr beim Parlament ein sehr geringes Mass von Ver-

ständnis finden und dass die Zahl derer, die sich mit diesem Wesen und mit der Bedeutung der Genossenschaften vertraut gemacht hat, noch sehr klein ist. Ein Gefühl grosser Enttäuschung, ja direkt einer gewissen Verbitterung hat deshalb viele unserer Genossenschafter erfasst, und es herrscht besonders auch in der welschen Schweiz eine Stimmung, welche der Vorlage gefährlich werden kann. Das ist kein Zufall. Diese Tatsache ist das Ergebnis einer jahrelangen Entwicklung. Ich erinnere nur daran, wie die Genossenschaften bei den Warenhausbeschlüssen behandelt worden sind, die ausdrücklich gegebenen Zusicherungen nicht gehalten wurden. Ich erinnere an die Enttäuschung, die die Behandlung der Wirtschaftsartikel gebracht hat und insbesondere an die sog. Ausgleichsteuer. Wir wollen den ernsten Versuch unternehmen, hier im Rate Verbesserungen zu erreichen.

Da ist in erster Linie einmal die steuerrechtliche Behandlung der Rückvergütung. Wir anerkennen, dass der Bundesrat einen Versuch unternommen hat, die Rückvergütungen wenigstens als etwas Besonderes zu behandeln. Aber auch er ist noch nicht zur richtigen Würdigung des Wesens der Rückvergütung gekommen, des Wesens, das schon in der Bezeichnung zum Ausdruck kommt. Es handelt sich hier überhaupt nicht um ein Einkommen, sondern um die Rückerstattung von Beträgen, welche die Genossenschafter über das notwendige Mass hinaus bezahlt haben, um Beträge, die sie bereits als Einkommen der versteuerten und auf welche sie statutarische Rechte besitzen. Das ist kein Einkommen der Genossenschaften. Das vermehrt ihr Vermögen nicht. Es ist deshalb ein Widersinn, dessen Ueberwindung glücklicherweise in einer Reihe von kantonalen Gesetzgebungen nachgerade sich durchgesetzt hat. Wir werden dieses Begehren auch hier wieder stellen müssen.

Zu besonderen Auseinandersetzungen wird die Frage der Umsatzsteuer bei den Genossenschaften Anlass geben. Es ist von verschiedenen Rednern anerkannt worden, dass die Umsatzsteuer

die unsozialste Steuer ist. Sie hat den Vorteil der grossen Bequemlichkeit für den Fiskus und einer grossen Ergiebigkeit. Sie hat für den Besitz den grossen Vorteil, dass diese Steuer ihn schont und den Verbrauch belastet. Die Genossenschaften sind geschaffen worden, um die Lebenshaltung der breiten Volksmassen zu verbilligen. Die Umsatzsteuer bewirkt eine Verschlechterung der Lebenshaltung, eine Verteuerung des Lebensunterhaltes, und die Genossenschaften müssten deshalb ihr Wesen verleugnen, wenn sie widerstandslos einfach diese Belastung der Konsumenten auf sich nehmen würden. Die für den letzten Entscheid zuständige Instanz des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, die Delegiertenversammlung, hatte noch keine Gelegenheit. Stellung zu nehmen, leh will ohne weiteres zugeben, dass es auch im Verband schweizerischer Konsumvereine Meinungen gibt, welche erklären, dass bei einer gewissen Notlage des Staates unter Umständen die Umsatzsteuer mit in Kauf genommen werden könne, wenn eine entsprechende Belastung des Besitzes, ein zumindest gleichwertiges Opfer des Besitzes vorliege. Diese Voraussetzung ist bis heute nicht erfüllt. Ich halte es persönlich für ausgeschlossen, dass die Vorlage in der heutigen Form die Zustimmung der organisierten Konsumen-

Zu ganz besonderen Bedenken gibt Anlass, dass man Ausgleichsteuer und Umsatzsteuer miteinander kumulieren will. Eine derartige Kumulation finden Sie in der ganzen Welt nirgends. Sie ist auch weder in der Botschaft, noch in den Referaten einigermassen seriös begründet worden. Man ist einfach darüber hinweggegangen. Es ist tatsächlich nichts anderes als die Erhebung von zwei Umsatzsteuern, von denen die eine den Titel Ausgleichsteuer hat, aber von Herrn Bundesrat Wetter seinerzeit als Präsident der nationalrätlichen Kommission ausdrücklich als Umsatzsteuer charakterisiert wurde. Dass man diese Umsatzsteuer Nr. 1, Ausgleichsteuer genannt, neben einer weiteren Umsatzsteuer. die auch diesen Namen hat, aufrecht erhalten will, widerspricht auch allen Erklärungen, die seinerzeit abgegeben wurden. Ich halte es für absolut unmöglich, dass die organisierten Konsumenten sich eine derartige Behandlung gefallen lassen. Herr Gainer hat soeben darauf hingewiesen, dass diese Ausgleichsteuer zeitlich ganz anders begrenzt sei und auf ganz anderen Erwägungen beruhe. Er hat aber vergessen, zu sagen, dass alle jene Erwägungen vollständig hinfällig geworden sind. Die Ausgleichsteuer wurde seinerzeit begründet einerseits mit der Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung. Diese Arbeitsbeschaffungsaktion ist eingestellt. Es geht also nicht an, dieses Mittel nun doch noch verlangen zu wollen für ganz andere Zwecke.

Zweitens wurde erklärt, es sei notwendig, einen gewissen Teil des Handels zu zwingen, höhere Warenpreise anzusetzen, ihre verbilligende Wirkung zu reduzieren, um dem Kleinhandel die Möglichkeit zu geben, ebenfalls grössere Preise zu fordern.

Heute haben wir die Erklärungen des Bundesrates, dass er alles tun werde, um Preiserhöhungen zu vermeiden. Es ist also sinnlos, eine Steuer einführen zu wollen, die direkt den Zweck hat, preisverteuernd zu wirken. Gerade diese andern Voraussetzungen, von denen Herr

Gafner gesprochen hat, sind eben heute gar nicht mehr vorhanden. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass seinerzeit erklärt worden ist, dass, wenn man einmal dazu kommen sollte, eine Umsatzsteuer einzuführen, dann selbstverständlich die Ausgleichsteuer in dieser Form nicht mehr aufrecht erhalten werde.

Der unsoziale Charakter der Umsatzsteuer und die durchaus unbillige Verteilung der Lasten ist nun vom Ständerat noch verschlimmert worden dadurch, dass ein Drittel des Ertrages der Umsatzsteuer für die Wehraufwendungen bestimmt werden soll, dass also das Wehropfer und die Wehrsteuer entlastet werden sollen, dass ein Teil der dort zu deckenden Ausgaben nun nicht mehr durch Wehropfer und Wehrsteuern, sondern noch durch einen Drittelanteil an der Umsatzsteuer bezahlt werden soll. Entlastung des Besitzes, Mehrbelastung des Konsumenten, das ist der Sinn dieser Massnahme.

Bei allen Beratungen über die Umsatzsteuer ist stets davon gesprochen worden, dass ganz selbstverständlich lebens wichtige Güter, die für die Lebenshaltung der breiten Massen notwendig sind, von einer solchen Umsatzsteuer ausgenommen sein sollen. In der ganzen Vorlage finden wir aber keine einzige Bestimmung, die eine derartige Ausnahme von der Umsatzsteuer garantiert.

Man verweist uns auf die spätern Ausführungsbestimmungen einschleiben Ausführungs bestimmungen. Wir könnten auf diese Verweisung noch einmal eintreten, wenn wir eben nicht unsere Erfahrungen gemacht hätten bei der Ausgleichsteuer. Auch dort hat man erklärt, man wolle dann, wenn die Ausführungsbestimmungen gemacht werden, diese Frage regeln; das gehöre nicht in die Verfassung hinein. Sie haben die Vorlage für die Ausführungsbestimmungen erhalten. Und ich denke, es wird beim Studium dieser Vorlage so ziemlich allgemein die Ueberzeugung auch bei Ihnen sich gebildet haben, dass die Vorlage nicht dem entspricht, was man inbezug auf die Ausnahmen von der Steuerpflicht derwarten durfte. Wir können uns deshalb nicht darauf verlassen, man werde dann später, wie es versprochen wird, in den Ausführungsbestimmungen das Nötige sagen.

Wenn es nach der Vorlage geht, werden ja jene Ausführungsbestimmungen nicht mehr vor das Volk gelangen können. Da kann man dann machen, was man will, ohne dass man das Volk dagegen anrufen kann. Wir müssen deshalb fordern, dass die für den Lebensunterhalt unentbehrlichen Artikel von der Belastung mit einer Umsatzsteuer ausgenommen werden und dass diese Ausnahmen bereits in den Verfassungsbestimmungen enthalten sind.

Wir müssen auch fordern, und ich freue mich, dass da Herr Kollege Gafner dem Verbande schweizerischer Konsumvereine helfen will, dass die se Steuerbelastungen als Unkosten behandelt werden. Auch hier wieder die ganz merkwürdige Feststellung, dass die Vorlage darüber kein Wort sagt, nicht einmal inbezug auf die Umsatzsteuer, obwohl seinerzeit bei der Ausgleichsteuer eine solche Bestimmung in die Verfassung aufgenommen worden ist. Die Eingabe des Verbandes schweizerischer Konsumvereine enthält in dieser Hinsicht einen Irrtum. Eine solche Bestimmung ist

schon in der Verfassung drin und dann natürlich auch in die Ausführungsbestimmungen aufgenommen worden.

Wir müssen verlangen, dass diese Sicherungen in der Vorlage selber enthalten sind. Wir bedauern es, sagen zu müssen, dass bloss allgemeine Zusicherungen, das werde dann später so oder so gemacht werden, uns nicht mehr be-friedigen können. Wir sind zu oft enttäuscht worden. Das Beispiel der Ausgleichsteuer ist noch frisch. Es ist in höchstem Masse bedenklich, dass, wenn hier im Nationalrate und in den nationalrätlichen Kommissionen ein Mitglied des Bundesrates bestimmte Erklärungen, bestimmte Zusicherungen und Versprechen abgibt, dann nachher bei der Vorbereitung der Ausführungsbestimmungen untergeordnete Verwaltungsorgane eines andern Departementes erklären: Ja, was jener Departementschef gesagt hat, das ist für uns nicht verbindlich. Gegenüber derartigen Feststellungen gibt es nur eine Möglichkeit der Sicherung, nämlich sich nicht mehr auf Versprechungen und Zusicherungen zu verlassen, sondern zu verlangen, dass die Vorlage bereits klare und unzweideutige Bestimmungen enthält, damit es nachher nicht mehr möglich ist, auf dem

Umwege über sog. Ausführungsbestimmungen ungefähr das Gegenteil dessen zu machen, was vorher in Aussicht genommen und versprochen worden ist.

Ich hielt es für meine Pflicht, Sie über die Stimmung in den Genossenschaftskreisen zu orientieren. Die Genossenschafter, die Konsümler, sind sehr geduldige Leute. Es braucht sehr viel, bis sie sich einmal dazu aufraffen, irgendwo, wenn an sie der Ruf geht, nein zu sagen. Aber auch ihre Geduld könnte einmal ihre Grenze erreicht haben. Ich möchte hoffen, dass die Verhandlungen hier im Rate einen Verlauf nehmen und ein Ergebnis zeitigen, welches es den Genossenschaftern ermöglicht, dieses Nein nicht auszusprechen. Aber ich will keine Zweifel darüber bestehen lassen, dass nach meiner persönlichen Auffassung - ich habe bereits erklärt, dass die zuständigen Instanzen noch nicht Gelegenheit hatten, darüber zu entscheiden — die Vorlage so, wie sie jetzt aussieht, und zwar sowohl nach dem Entwurf des Bundesrates wie nach den Beschlüssen des Ständerates, als auch nach den Vorschlägen der nationalrätlichen Kommission, in ihrer Mehrheit für die Genossenschaften unannehmbar sein wird. (S. auch S. 164 «Antrag im Nationalrat auf Steuerfreiheit der Rückvergütungen».)

Der Stand der Kleinhandelspreise in den Schweizerstädten am 1. März 1940.

Man hört in der letzten Zeit wieder ziemlich viel von Teuerung sprechen. Ist es wirklich berechtigt, diesen Ausdruck auf die heutige Situation anzuwenden? Es dürfte zwar nicht zu bestreiten sein, dass in manchen Familien Meister Schmalhans seinen Einzug gehalten hat; denn die Mobilisation hat in vielen Fällen einen ganz bedenklichen und auch — durch die an sich gewiss anerkennenswerte Schaffung der Lohnausgleichskasse — zumeist nicht behebenden Einkommensausfall Folge gehabt. Und ein Einkommensausfall hat letzten Endes selbst bei gleichbleibenden Preisen genau dieselbe Wirkung wie eine allgemeine Steigerung der Preise bei gleichbleibenden Löhnen. Unter Teuerung versteht man aber doch nur die Form der Einkommensschmälerung, die durch eine Erhöhung der Preise hervorgerufen wird, und so bleibt denn, insofern untersucht werden soll, ob die Klage, dass eine neue Teuerung ihren Einzug gehalten habe, berechtigt ist, nur die Preisseite einer genaueren Prüfung zu unterziehen.

Preisbewegungen werden im allgemeinen stark gefühlsmässig beurteilt. Liegt eine gewisse Tendenz zur Steigerung der Preise vor, so prägen sich die Artikel, die Preiserhöhungen erfahren haben, besonders ins Bewusstsein ein, währenddem anderseits, wenn die Preise eher eine rückläufige Tendenz verfolgen, sich die gefühlsmässige Beachtung den Artikeln zuwendet, die entweder im Preise unverändert geblieben sind oder aber wesentlich geringere Preisrückgänge aufweisen als der Durchschnitt aller Artikel. Für die nähere Ueberprüfung der Situation ist ausserdem noch in Betracht zu ziehen, dass nicht alle Artikel für das Haushaltungsbudget dieselbe Bedeutung haben. Milch, Brot und Fleisch nehmen auch heute noch von dem Geld, das für die Nahrung aufgewendet wird, einen ganz beträchtlichen Teil in Anspruch. Milch und Fleisch zeigen aber im konkreten Falle gegenüber dem 1. September 1939 überhaupt keine Veränderung und Fleisch eine verhältnismässig nur unbedeutende Steigerung. So gross gewisse Preisveränderungen auch sein mögen, die Preisstabilität der für die Ernährung ausschlaggebendsten Artikel Milch, Brot und Fleisch bedingt, dass der gewogene Durchschnitt der Preise gegenüber dem letzten Datum der Vorkriegszeit, dem 1. September 1939, nur eine verhältnismässig bescheidene Steigerung aufweist.

Am deutlichsten lässt sich ermessen, inwiefern der Ausbruch eines neuen Krieges in den ersten Tagen des Monats September 1939 einen Einfluss auf die Gestaltung der unserer Untersuchung zu Grunde liegenden Kleinhandelspreise schweizerischer Konsumgenossenschaften gehabt hat, wenn man zum Vergleich zwei Perioden von gleicher Länge, die mit der zu untersuchenden eine gewisse Aehnlichkeit aufweisen, die Zeit vom Ausbruch des grossen Weltkrieges 1914—1918, d. h. vom 1. September 1914 bis 1. März 1915, und die Zeit unmittelbar nach der Abwertung, d. h. die Zeit zwischen dem 1. September 1936 und dem 1. März 1937, zum Vergleich heranzieht. Folgende Zahlen geben darüber den gewünschten Aufschluss:

				1. Juni 1914 = 100	1. September 1936 = 100
1. September	1914			102,6	
1. März 1915				114,0] 11,4	
1. September	1936			118,7 129,2 10,5	100,0)
1. März 1937				129,2 / 10,5	100,0 } 8,8
I. September	1939			131,3 }	110,6)
1. März 1940				140,4	110,6 $118,3$ $7,7$

Die vom 1. September 1939 bis zum 1. März 1940 eingetretene Steigerung ist kleiner als die entsprechende Bewegung vom 1. September 1914 zum 1. März 1915, und auch vom 1. September 1936 zum 1. März 1937, gleichgültig, ob der Berechnung der Preisspanne der 1. Juni 1914 oder der 1. September 1936 zu Grunde gelegt wird. Die durchschnittliche Preissteigerung ist also heute geringer als nach Ausbruch des Krieges von 1914 bis 1918 und vor

Preise der einzelnen Städte

No.	Artikel	Einheit	Zürich	Basel	Genève	Bern Köniz	Lausanne	Gallen	Winterthur	Luzern	1 (B.)	La Chaux- de-Fonds Le Locle	Neuchâtel
		ii a	Zű	82	Ge	83	Lau	St. (Win	7	Biel	Laga Laga	Nen
1. 2. 3. 4.	Butter, Koch	kg Liter	1520 1580 1310 34	1480 1555 320 33	1490 1550 330 34	1490 1520 340 31	1480 1550 340 34	1 490 1 550 320 32	1490 1540 320 32	1520 1550 1330 30	1500 1550 320 31	1500 1550 1320 31	1475 1530 330 33
5. 6. 7. 8. 9.	Fett, Kokosnuss	kg Liter	1180 1220 270 270 275 165	1170 1180 240 240 230 154	260 260 260 270 175	1 190 1 190 1 250 1 250 260 170	1230 1250 2250 1280 290 1200	200 140 2260 2260 1290 1180	1190 1240 240 280 1280 1180	1180 1246 280 280 280 1280	1172 1190 240 240 260 1165	160 190 220 270 1260 160	180 1250 250 270 1295 1185
11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19.	Brot, Halbweiss- Mehl, Halbweiss- Weiss- Weizengriess . Maisgriess . Gerste, Roll- Nº 1 . Haterilocken, offene . Hafergrütze, offene . Teigwaren, Qual, sup.	kg	43 44 48 40 136 150 152 160 58	43 42 52 50 40 158 160 164 60	45 45 60 155 40 165 160 165	² 43 45 55 55 42 60 56 64	45 245 55 60 50 70 70 175 170	49 45 55 55 42 60 62 68	43 45 155 50 40 160 158 164 270	45 45 52 55 42 160 165 165	43 45 50 55 42 164 160 62	42 40 150 50 40 160 50 160	43 45 55 55 42 165 60 170
20. 21. 22. 23. 24.	Bohnen, weisse la Erbsen, gelbe, ganze, la . Linsen Reis, Camolino, sup ital., glacieri, 6 A .	n n n	160 180 170 65 174	164 1100 180 48 64	55 69 190 165 165	63 1100 180 174 175	70 1110 275 170 70	178 1120 70 152 260	60 1110 180 150 174	165 195 195 174 174	63 1110 180 65 65	55 1110 80 60 60	175 1115 185 160
25. 26. 27. 28. 29.	Fleisch, Kalb- Rind- Schaf- Schweine- Speck, einheim., ger., mag.	" " "	² 325 270 360 420 ² 400	2330 2285 1340 390 440	² 350 320 ¹ 360 320 ¹ 370	289 340 381 1440	² 280 275 ¹ 300 ² 360 480	² 350 300 ² 340 360 500	2320 280 340 410 480	² 350 300 ¹ 360 380 460	² 300 280 340 380 400	² 260 250 360 360 420	280 260 320 360 450
30.	Eier, Import	Stück	º 14	º 14	115	114	° 15	14	² 15	14	² 15	14	15
31. 32.	Kartoffeln, im Detail mi-gros	kg	130 123	25 122	23 20	24 21	23	25 22	23	28 24	24	23 121	23 21
33. 34.	Honig, einheim, offener. Zucker, Kristall-, weisser	77	520 164	1450 60	575 170	1500 170	² 430	550 170	460 166	¹520 ¹70	520 65	500 165	450
35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45.	Schokolade, Ménage Milch- Sauerkraut . Zwetschgen, gedörrte Essig. Wein- Wein, rot, gewöhnlicher . Schwarztee, mittl. Qual Zichorien, kurante Qual Kakao, Co-op Sup Kafiee, Santos, grüner . Röst-	Liter kg	1275 1315 244 290 60 1110 900 100 200 200 280	1250 1300 155 80 56 105 1700 100 1225 1200 260	1240 275 50 1130 60 95 800 100 1225 1289 1310	250 300 50 110 70 105 1700 125 230 1240 1300	1300 1300 155 1145 75 100 1900 1140 230 1300 2340	1275 300 45 1110 60 120 1000 100 230 220 300	1275 300 155 140 66 95 850 100 230 220 320	1275 230 50 280 70 105 900 100 220 1260 260	1275 300 150 1140 70 100 1850 125 230 220 240	1275 300 45 1135 170 190 1800 100 230 190	1275 1300 160 140 275 11(0 700 100 230 250 360
46. 47. 48. 49. 50.	Anthrazit, ins Haus gel Briketts, ins Haus gel Brennsprit, 92° . Petroleum, Sicherheitsöl Seife, la Kern-, weisse .	100 kg Liter kg	11160 1830 180 140 1100	1110 1830 1100 147 1125	11120 710 185 25 1120	11290 1910 190 140 1133	1230 1960 190 138 1133	11280 1880 70 139 1135	² 1070 ¹ 835 ¹ 85 ¹ 36 ¹ 137	1080 820 190 134 1133	11190 1910 184 138 1100	1130 1840 180 139 75	11190 1930 175 139 1113

1) Preisaufschlag. 2) Preisabschlag

allem unmittelbar nach der Abwertung, und namentlich nach der Abwertung sprach man doch kaum von
Teuerung. Ein Vergleich mit früheren Ergebnissen
zeigt, dass die Indexziffer am 1. März 1940 an sich
ungefähr den gleichen Stand einnimmt wie am
1. März 1931 oder am 1. Juni 1916. Vom 1. Juni 1916
bis zum 1. März 1931 war sie ausnahmslos höher,
vom 1. April 1931 zum 1. Dezember 1939 dagegen
regelmässig niedriger als am 1. März 1940.

(Seit der Erhebung zum vorliegenden Indexbericht sind für Brot und Milch sehr spürbare Aufschläge festgesetzt worden. Diese Preiserhöhungen werden erst im nächsten Bericht berücksichtigt werden können. S. auch S. 166: «Brot und Milch werden teurer». Die Red.)

Es dürfte von Interesse sein, den Unterschieden in der Entwicklung zu Beginn des Krieges 1914—1918 und des Krieges, in dem wir augenblicklich stehen, noch etwas näher auf die Spur zu gehen. Wir zerlegen zu diesem Zwecke die Indexziffern nach Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen (Auslagen für Heizung, Reinigung und Beleuchtung) und die Indexziffer der Nahrungsmittel wiederum nach animalischen — in der Hauptsache im Inlande produzierten — und vegetabilischen — in der Hauptsache

am 1. März 1940.

T						-	-					-							-
	Fribourg	Schaff- hausen	Thun	Chur	Lugano	Soiothurn	Herisau	Olten	Vevey	Aarau	Davos	Zug	Rorschach	Bellinzona	Grenchen	Baden	Verānd	lerung —	No.
	1500 1550 1320 32	1480 1550 330 33	1490 1560 320 33	1490 1530 320 32	¹ 530 ¹ 555 ¹ 330 36	1490 1550 1320 232	1490 1550 1340 31	1490 1550 1320 31	1500 1550 1320 34	1490 1550 320 32	¹ 520 ¹ 575 ¹ 330 35	1500 1550 1330 29	1490 1550 320 32	1510 1550 320 34	1510 1570 1320 30	1490 1550 320 32	27 27 12	_ _ _ 1	1. 2. 3. 4.
	¹ 210 ² 190 ¹ 260 260 ¹ 290 ¹ 180	172 170 300 2250 280 195	1180 1200 260 260 260 1170	170 180 260 260 260 280 170	220 250 1300 1300 1297 1171	² 170 ¹ 160 ¹ 270 ¹ 270 300 ¹ 175	210 180 240 280 280 1180	1180 1180 240 260 320 1175	1190 1200 240 1280 280 1180	1170 1200 1280 300 1300 1180	190 1190 280 280 250 1160	1180 1180 1240 1240 260 1180	1920 190 2250 250 300 1190	212 1240 250 250 1300 1190	160 1240 280 280 300 170	² 160 ¹ 220 ² 220 ² 250 ² 275 ¹ 170	15 20 6 6 9 22	3 1 3 4 -	5. 6. 7. 8. 9.
	43 45 55 255 45 65 60 70 65	44 42 155 158 144 156 162 164 170	43 45 50 50 40 165 156 70	45 44 54 54 142 160 60 65	42 45 55 55 35 65 60 65	44 45 55 55 40 50 51 175	46 ² 45 ² 54 54 42 60 ¹ 60 ¹ 64 70	45 45 155 55 42 162 158 160	45 45 60 55 145 170 170 170	44 45 155 160 155 60 60 60	46 42 152 152 152 155 160 55 187	45 45 55 55 42 165 50 55 170	47 44 156 156 144 166 158 164 170	42 45 55 55 34 65 60 165	44 45 55 55 42 75 60 70	43 45 155 55 42 160 165 170	9 6 7 18 14 16 21	1 2 1 1 1 1 -	11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19.
	170 1110 90 165 175	166 1114 180 174 174	63 1110 90 170	70 80 90 170	55 80 1100 50 260	170 175 90 65 68	170 1100 190 174	163 1110 90 65 68	170 1110 90 175 175	165 195 80 155 155	63 100 72 170 175	70 65 80 165 65	170 1114 190 50	180 1103 185 172 172	180 1110 90 170	165 185 180 65 65	15 23 14 18 17	- 1 - 2	20. 21. 22. 23. 24.
	² 310 ² 250 340 90 430	² 370 ² 340 280 380 450	² 300 ² 290 ¹ 360 360 420	² 300 300 300 370 400	350 300 2300 350 500	² 280 300 320 380 ¹ 480	² 360 300 ² 340 380 ² 440	² 300 265 ¹ 350 380 420	360 300 330 350 1480	² 320 290 ¹ 360 390 ¹ 480	370 320 330 380 460	² 240 300 340 ¹ 400 ¹ 440	² 360 300 ² 360 ¹ 360 ¹ 440	² 350 300 280 350 ¹ 460	² 320 300 360 360 460	² 360 300 340 ² 360 400	7 2 8	24 4 4 3 2	25. 26. 27. 28. 29.
	² 13	² 12	² 15	² 15	15	² 13	² 14	14	115	² 14	15	² 14	2 14	2 14	2 17	213	3	17	30.
	25 20	² 24 ² 24	25 20	125 20	23 22	¹ 25 ¹ 23	26 21	22 19	25 20	125 121	25 22	130	¹ 25 ¹ 23	23 123	128	25 21	7 12	1 1	31. 32.
	460 165	550 170	1550 166	450 168	500 170	¹ 500 ¹ 67	1550 170	1560 170	480 170	500 65	480 170	480 170	600 170	¹500 ¹70	1520	420	9 24	1	33. 34.
	1275 300 45 150 170 100 1850 100 1260 1260 1340	250 1360 145 100 70 110 800 125 250 250 2380	1 275 1 450 50 1 140 65 100 700 125 230 300 360	1300 1300 50 1100 55 100 800 100 250 220 320	1300 1300 55 185 70 95 1700 125 2300 220 280	1300 13 0 50 140 70 105 1900 125 250 300 2320	1275 1300 50 1110 65 1120 700 125 250 240 300	225 1300 45 120 70 110 800 100 240 200 240	1300 300 55 1140 70 100 800 100 1230 1280 340	225 300 160 2100 175 1110 900 125 250 280	1275 1300 160 135 60 110 1830 1125 230 200 260	250 3 0 2 50 2 100 70 110 800 100 250 200 260	1275 312 50 140 65 110 800 100 1250 240 300	1275 1300 163 125 65 85 750 100 230 280	1300 1300 50 1160 70 110 800 125 250 1240	1275 300 55 1140 70 100 700 125 200 2240 320	22 14 9 12 3 6 10 2 5 8 6	- 2 5 1 - - 1 1 1 2	35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45.
	1250 1915 185 230 1125	1020 1800 190 133 1120	1300 1890 190 136 132	11330 1880 190 140 1125	1390 1020 185 137 1110	1120 1890 75 35 140	11300 1920 185 138 1110	1060 1850 186 138 1116	1220 1970 190 135 1110	11100 1820 190 144 1100	1 1500 1 1040 1 85 1 45 1 113	11180 1840 70 138 100	11150 1850 188 138 1125	11140 1925 175 131 1125	1160 1890 190 140 1115	11170 1840 190 135 1110	22 25 24 24 24 24	1 - 1	46. 47. 48. 49. 50.

eingeführten — Nahrungsmitteln, wobei wir je den 1. September (1914 und 1939) als Basis (= 100) setzen. Wir erhalten so folgende Zahlen:

Rebolance		Nah	Gebrauchs-		
Erhebungsdatum	Gesamt	Gesamt	Ani- malische	Vege- tabilische	gegen- stände
1939, Dezember 1. 1914, Dezember 1. 1940, März 1. 1915, März 1.	104,8 104,6 106,9 111,1	104,4 104,5 105,4 111,4	104,2 103,3 104,2 107,0	105,0 106,3 107,9 118,3	107,8 105,8 120,1 108,0

Am 1. Dezember zeigt sich noch kein grosser Unterschied in der Entwicklung der beiden Jahre. Am 1. März dagegen ist nicht nur eine stärkere Erhöhung der Gesamtindexziffer für 1915, sondern auch eine ausgesprochenere Verschiedenheit in der Entwicklung der einzelnen Gruppen festzustellen. Wir heben besonders hervor die 1940 gegenüber 1915 wesentlich geringere Steigerung der Preise für vegetabilische Nahrungsmittel, der anderseits eine beträchtlich stärkere Erhöhung der Indexziffer für Gebrauchsgegenstände (Ausgaben für Reinigung, Heizung und Beleuchtung) gegenübersteht.

Heizung und Beleuchtung) gegenübersteht.

Die Preise der für unsere eigenen Untersuchungen wichtigsten Artikel an den Welthandelsbörsen zeigen folgende Entwicklung:

	1. März 1940	1. Dezember 1939	31. August 1939
Zucker (No 3, New York, disponibel)	2.85	2.95	2.92
Kaffee (Santos, No 4, New York, disp.)	7 3/5	7 1/2	7 3/8
Petroleum (Kerosene, Water White, Export, New York)	4 1/2	43/5	3 3/s
Schmalz (Chicago, disponibel)	5.221/2	5.60	5.67 1/2
Weizen (Chicago, nächster Termin)	101 3/s	92 %	67 34
Mais (Chicago, nächster Termin) .	56 3/s	53 1/5	43 %
Hafer (Chicago, nächster Termin) .	40 %	39 1/8	29 34
Gerste (Winnipeg, nächster Termin)	54 1/4	45 1/4	35 1/2
Getreidefracht nach dem Kontinent (New York)	87 1/2	42.— 12	.—/16.—

Zieht man in Betracht, dass die Schwankungen an den Warenbörsen ganz allgemein bedeutend stärker sind als im Grosshandel und vor allem im Kleinhandel, so wird man nicht umhin können zuzugeben, dass die vom 1. Dezember 1939 zum 1. März 1940 eingetretenen Veränderungen nicht beträchtlich sind. Nur eine Ausnahme ist festzustellen: die Entwicklung der Newyorker Börsennotiz für die Getreidefracht nach dem europäischen Kontinent. Diese hat sich

am 1. März 1940 gegenüber dem 1. Dezember 1939 mehr als verdoppelt und gegenüber dem 31. August 1939 mehr als versiebenfacht.

In den erhöhten Kosten für den Transport von den Produktionszentren nach der Schweiz, wozu auch die erhöhten Versicherungsprämien zu rechnen sind, dürste wohl der Hauptgrund für die auf Einfuhrartikeln eingetretenen Preissteigerungen zu suchen sein. Tatsächlich ist, wenn sie auch in ihrer Auswirkung auf die Lebenshaltungskosten nicht so beträchtlich ist, wie das vielfach angenommen wird, Hausse die vorwiegende Tendenz in der Preisbewe-gung. Von den insgesamt 1350 Preismeldungen, die uns pro 1. März 1940 zugingen, verzeichnen nämlich 610 gegenüber dem 1. Dezember 1939 eine Erhöhung und nur 93 einen Rückgang, und von den 50 aus diesen Einzelpreisen berechneten Durchschnittspreisen liegen neben 7 überhaupt unverändert gebliebenen wiederum 40 höher und nur drei tiefer. Zu den im Preise unverändert gebliebenen Artikeln gehören ausser den schon erwähnten, Milch und Brot, die Kartoffeln. Die drei Artikel, die im

Artikel	Einheit	1	Preis am		Veränder gegenül	ung in º/o per dem
Artikei	Emileit	1. März 1940	1. Dez. 1939	1. Sept. 1939	1. Dez. 1939	1. Sept. 1939
Butter, Koch- Butter, Taiel- (lentrilugen), in Mengen unter l tg Käse. la Emmentaler- od. Greyerzer- Milch, Voll-, im Laden abgeholt Fett. Kokosnuss-, in Taieln * Koch-, billigste Qualität * Schweine-, ausländisches * einheimisches Ol. Oliven- * Arachid- Brot. Halbweiss- Mehl, Halbweiss- * Weiss- Weizengriess Maisgriess. zu Kochzwecken Gerste, Roll- No. 1 Haierilocken, offene Haiergrütze, offene Teigwaren, Qual. supérieur, offene Bohnen, weisse, la Erbsen, gelbe, ganze, la Linsen Reis, Camolino, supérieur * italienischer, glacierter, 6 A Fleisch, Kalb, gew. Braten, mit Knoch. * Rind-, gew. Brate- u. Siede- m. Kn. * Schai-, * Schweine-, lrichtes, mageres, mit Knoche Speck. einheimischer, ger., mager Eier, Import- Kartoffeln im Detail * migros, sackweise Honig, einheimischer, offener Zucker, Kistall-, weisser Schokolade, Ménage. in Block * Milch, billigsto Qualität, in Tafeln Sauerkraut Zwetschgen, gedörrte, mittelgrosse Essig, Wein- Wein, Rot-, gew. Schwarztee, mittlere Qualität Zichorien, kurante Qualität	kg Liter kg Liter kg Stück kg Liter kg Liter kg Liter kg Liter kg Liter kg Liter kg	493 552 324 33 178 204 253 259 265 169 44 44 53 52 41 60 58 65 68 64 96 82 22 287 341 379 433 14 25 22 496 66 264 301 51 109 64 103 789 108 227 231 290 1150 846 89 39 120	442 503 314 33 172 187 252 256 261 161 44 44 52 50 40 53 50 56 64 61 71 75 59 65 380 291 331 379 433 15 25 21 476 62 226 269 49 103 64 102 764 107 215 216 217 217 217 218 219 210 210 210 211 211 212 213 214 215 216 217 217 217 218 218 219 210 210 210 210 211 211 212 213 214 215 216 217 217 217 218 218 219 210 210 210 211 211 212 213 214 215 216 217 217 218 218 219 219 210 210 210 210 210 210 210 210	443 503 293 33 157 180 227 220 257 150 44 41 46 41 46 41 34 50 48 54 59 48 60 74 50 350 279 315 349 389 12 22 20 430 544 225 258 44 92 64 101 761 107 198 211 280 977 722 68 30 85	+ 11,5 + 9,7 + 3,2 + 3,5 + 9,1 + 0,4 + 1,2 + 1,5 + 5,0 - 16,1 + 4,0 + 13,2 + 16,0 + 16,1 + 6,2 + 15,8 + 5,1 + 6,2 - 15,8 + 14,2 + 16,6 + 11,9 - 6,7 + 4,8 + 4,2 + 16,5 + 16,6 + 11,9 + 4,1 + 5,8 + 14,1 + 15,1 + 16,1 + 16,	+ 11,3 + 13,4 + 13,4 + 13,3 + 11,5 + 17,7 + 3,1 + 12,7 - 7,5 + 20,6 + 21,6 + 10,8 + 24,0 + 15,3 + 18,7 + 13,0 + 10,0 + 10,0

		1	100000	Veränderungen in				
Indexgruppen	1. Mä	1. März 1940		1. Dez. 1939		1. Sept. 1939		über dem
	an sich	1. Juni 1914 = 100	an sich	1. Juni 1914 = 100	an sich	1. Juni 1914 = 100	1. Dez. 1939	1. Sept. 1939
Milch und Milcherzeugnisse Speisefette und -öle Zerealien Hülsenfrüchte Fleisch Eier Kartoffeln Süßstoffe Genussmittel	482.93 50.59 264.76 13.26 296.30 56.— 62.50 53.56 41.82	141 126 123 142 150 140 132 140 116	473.60 48.94 262.03 11.90 302.91 60.— 62.50 50.49 37.60	139 122 122 128 153 150 132 132 104	471.15 44.46 257.74 10.14 286.35 48.— 55.— 44.25 37.17	138 110 120 109 145 120 116 116 103	$\begin{array}{c} + & 2_{10} \\ + & 3_{14} \\ + & 1_{10} \\ + & 11_{14} \\ - & 2_{12} \\ - & 6_{17} \\ - & + & 6_{11} \\ + & 11_{12} \end{array}$	+ 2,5 + 13,8 + 2,7 + 30,8 + 3,5 + 16,7 + 13,6 + 21,00 + 12,5
Sämtliche Nahrungsmittel Gebrauchsgegenstände	1321.72 176.27	137 175	1309.97 158.20	136 157	1254.26 146.75	130 146	+ 0, ₉ + 11, ₁	+ 5.4 + 20,1
Sämtliche Artikel	1497.99	140	1468.17	138	1401.01	131	+ 2,0	+ 6,9

Städte	Indexziffern vo	m 1. März 1940	Städte			
Statte	Brutto	Netto	State			
1. La Chaux-de-Fonds/Le Locle 2. Olten 3. Fribourg 4. Biel (B.) 5. Zug 6. Basel 7. Winterthur 8. Neuchâtel 9. Bern/Köniz 10. Baden 11. Aarau 12. Luzern 13. Solothurn Städtemittel 14. Bellinzona 15. Zürich 16. Grenchen 17. Schaffhausen 18. Chur 19. Rorschach 20. Genève 21. Thun 22. Herisau 23. St. Gallen 24. Lausanne 25. Vevey/Montreux 26. Lugano 27. Davos	1413.34 1448.37 1454.84 1470.76 1475.41 1476.94 1477.47 1482.05 1483.92 1484.37 1490.06 1497.38 1497.96 1497.99 1506.45 1507.99 1509.92 1517.39 1517.66 1518.61 1519.18 1521.69 1525.13 1535.27 1535.74 1549.54 1568.41 1613.84	1380.04 1383.81 1389.95 1405.06 1416.87 1424.43 1429.82 1432.27 1434.15 1434.74 1437.46 1439.01 1441.52 1442.04 1442.50 1449.45 1452.12 1453.35 1464.73 1468.58 1476.64 1477.77 1486.96 1491.53 1496.96 1524.69 1570.27	1. La Chaux-de-Fonds/Le Locle 2. Basel 3. Olten 4. Fribourg 5. Grenchen 6. Biel (B.) 7. Zug Städtemittel 8. Baden 9. Winterthur 10. Aarau 11. Luzern 12. Bern/Köniz 13. Neuchâtel 14. Solothurn 15. Rorschach 16. Zürich 17. Chur 18. Bellinzona 19. Schaffhausen 20. Genève 21. Thun 22. Lausanne 23. St. Gallen 24. Herisau 25. Vevey/Montreux 26. Lugano 27. Davos			

Preise zurückgegangen sind, sind Kalbfleisch, Rindfleisch und Eier, wobei zu bemerken ist, dass der Rückgang für Kalbfleisch und Eier saisonmässig bedingt ist. Im Vergleich zum 1. September 1939 liegt ein einziger Preis (Kalbfleisch) tiefer, währenddem 46 gestiegen und drei, darunter Milch und Brot, unverändert geblieben sind.

Die einzelnen Indexgruppen nehmen an der Gesamtzunahme der Indexziffer vom 1. Dezember 1939 zum 1. März 1940 im Gesamtbetrage von Fr. 29.82 mit folgenden Summen teil:

Gebrauchsgegenstände	Fr.	18.07
Milch und Milcherzeugnisse	20	9.33
Genussmittel	>>	4.22
Süßstoffe	>>	3.07
Zerealien	>>	2.73
Speisefette und -öle	>>	1.65
Hülsenfrüchte	>>	1.36

Der allgemeinen Tendenz entgegenlaufend verzeichnen Rückgänge Fleisch von Fr. 6.61 und Eier von Fr. 4.—. Unverändert geblieben sind Kartoffeln. In Prozenten sind die Veränderungen gegenüber dem 1. Dezember 1939 am stärksten bei Hülsenfrüchten und Gebrauchsgegenständen mit je 11,4 und Genussmitteln mit 11,2%, gegenüber dem 1. September 1939 bei Hülsenfrüchten mit 30,8%, Süßstoffen mit 21,0% und Gebrauchsgegenständen mit 20,1%. Weitaus am stärksten über dem Preisniveau vom 1. Juni 1914 befinden sich schliesslich Gebrauchsgegenstände mit 75%, währenddem alle andern Gruppen entweder unter oder nicht wesentlich über dem Durchschnitt von 40,4% liegen.

Der nach der Methode des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit berechnete Nahrungsindex stellt sich am 1. März 1940 auf 138,7 (1. Juni 1914 = 100). Die Zunahme gegenüber dem 1. Dezember 1939 ist mit 1,6 Punkten etwas grösser als bei der nach unserer eigenen Methode berechneten Nahrungsindexziffer. (Schluss folgt.)

Antrag im Nationalrat auf Steuerfreiheit der Rückvergütungen.

Bei der Begründung seines Antrages, dass die Rückvergütungen von der Wehrsteuer befreit sein sollten, hat Herr Nationalrat Huber u.a. ausgeführt:

Bei der Eintretensdebatte habe ich bereits darauf hingewiesen, dass die Genossenschaften, und insbesondere der Verband schweizerischer Konsumvereine, grundsätzlich bereit seien, eine Mehrbelastung zu übernehmen, weil sie die Notwendigkeit der Beschaffung neuer Mittel durchaus anerkennen. Ich habe aber auch darauf hingewiesen, dass eine gerechte Verteilung der Lasten vorausgesetzt sei und dass insbesondere wir wünschen müssen, dass das Wesen und die Bedeutung der Genossenschaften richtiger gewürdigt werden, als das in der Vorlage geschieht. Die genossenschaftliche Gruppe des Nationalrates hat entsprechend dieser Erklärung eine Reihe von Anregungen durch Mitglieder der Gruppe einreichen lassen. Eine davon ist vom Sprechenden zu begründen.

Bei diesem ersten Antrag handelt es sich um die Frage der steuerrechtlichen Behandlung der Rückvergütungen. Der Bundesrat hat in seinem Vorschlag anerkannt, dass die Rückvergütungen etwas anderes sind als irgendwelche Dividenden und nicht wie ein Einkommen irgendeiner Erwerbsgesellschaft behandelt werden sollen. Wir anerkennen diese Bemühungen, den Genossenschaften einigermassen Rechnung zu tragen, bedauern aber, dass sie nicht ein besseres Resultat gebracht haben. Nachdem man vor Jahrzehnten eine derartige erste Mittellösung durchgeführt hat, hätte man erwarten dürsen, dass inzwischen das Wesen der Genossenschaften und der Rückvergütung etwas besser erkannt und gewürdigt worden wäre. Früher konnte man sich darauf berufen, dass die Genossenschaft eigentlich eine rein juristische Form darstelle, hinter der sich die verschiedensten Unternehmen verbergen können, dass tatsächlich der Name der Genossenschaften stark missbraucht worden sei.

Inzwischen haben wir das schweizerische Obligationenrecht, insbesondere das Gesellschaftsrecht, revidiert, und der Begriff der Genossenschaft ist num rechtlich derart umschrieben, dass solche früher mit Recht kritisierten Missbräuche kaum mehr denkbar sind. Nachdem diese Abgrenzung und Abklärung des Begriffes Genossenschaft stattgefunden haben, sollte auch das Wesen der Rückvergütung richtig verstanden werden.

Was ist die Rückvergütung? Die Rückvergütung ist nicht Anteil an einem Gewinne, den ein Unternehmen an Dritten gemacht hat. Damit man das richtig erkennt, ist es notwendig, dass man das Wesen der Genossenschaft richtig erfasst. Die Genossenschaft ist ein Mittel wirtschaftlicher Selbsthilfe. Insbesondere sind die Konsumgenossenschaften derartige Selbsthilfeorganisationen, ein Mittel, die zur Verfügung stehenden Einkünîte zweckmässig zu verwenden, nicht, sie zu vermehren. Wer sich einer Konsumgenossenschaft anschliesst, beabsichtigt durch die Zugehörigkeit zu dieser Genossenschaft nicht irgendwelchen Erwerb, sondern er verfolgt nur die Absicht, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln haushälterisch und sparsam umzugehen, seine Ausgaben zu vermindern, nicht seine Einnahmen zu vermehren.

Über die Frage, wie die Warenvermittlung technisch organisiert werden soll, kann man verschiedene Überlegungen anstellen. Man kann zum vornherein erklären: die Waren sollen dem Konsumenten zu Selbstkosten abgegeben werden; und es gibt Genossenschaften, die nach diesem Prinzip verfahren. Nun ist aber zu sagen, dass ja die Selbstkosten nicht zum vornherein genau festgelegt werden können.

Dazu kommt noch eine zweite Überlegung. Der Zweck, einen kleinen Sparpfennig zurückzulegen, wird in den meisten Fällen nicht erreicht, wenn die Waren zum Nettopreis abgegeben werden. Da würden die kleinen Einsparungsbeträge im einzelnen Haushalt verschwinden, während sie bei der andern Methode sich im Laufe des Jahres ausammeln, so dass dem Konsumenten am Schluss ein kleines Sparkapital zur Verfügung steht. Das ist eine Überlegung, die die meisten Genossenschaften dazu geführt hat, in der Hauptsache die Ware zum Tagespreis abzugeben, also zu einem Preis, von dem man in der Regel annehmen darf, dass er die eigentlichen Selbstkosten übersteigt. Diese Abgabe zum Tagespreis hat sich auch durchgesetzt mit Rücksicht auf die privatwirtschaftlichen Unternehmungen, denen gegenüber der wirtschaftliche Kampf gemildert worden ist. Mit dem Tagespreis zahlt also der Genossenschafter mehr, als was die Genossenschaft absolut nötig hat, um ihre Selbstkosten zu decken. Daraus resultiert, dass am Schluss des Jahres nicht bloss diese Unkosten gedeckt sind, sondern auch noch ein gewisser Betrag übrig bleibt, wenn vernünftig und solid gearbeitet worden ist. Dieser Betrag, der als Ersparnis der Konsumenten bei der Genossenschaft zu betrachten ist, wird nun an die Genossenschafter nicht nach Massgabe ihrer Kapitalbeteiligung ausbezahlt. Ob einer bei der Genossenschaft als Genossenschafter 100 oder 1000 Franken angelegt hat, berechtigt ihn nicht etwa dazu, eine entsprechend abgestufte Dividende zu beanspruchen, sondern hier wird nach der Höhe der Konsumationssumme rückerstattet; deshalb der Ausdruck «Rückvergütung» und nicht «Dividende». Es ist deshalb falsch, wenn man diejenigen Beträge, die an die Genossenschafter zurückgegeben werden, und zwar abgestuft nach der Höhe der Konsumationssumme, wie eine Dividende behandeln will. Es handelt sich um eine Ausgabe der Genossenschaft, die zum vornherein grundsätzlich, statutarisch festgesetzt ist.

Die Vorlage schweigt sich bezeichnenderweise über eine Frage aus, die bei der Beurteilung der steuerrechtlichen Behandlung der Rückvergütungen nicht uninteressant ist. Wie gedenkt man die Rabatte, Diskonti und dergleichen steuer-rechtlich zu behandeln? Wie wird ein privater Spezereihändler, der aus der Vermittlung von Spezereien einen Erwerb macht, dasjenige, was er seinen Kunden als Skonti, als Rabatt bezahlt, als Gewinn versteuern müssen? Mir ist kein Steuergesetz bekannt, das das verlangt. Insbesondere ist mir auch nicht bekannt, dass der Bund diese Skonti und Rabatte usw. als Einnahmen und als Gewinn desjenigen betrachten würde, der sie ausbezahlt hat. Oder nehmen wir ein anderes Beispiel: Viele — oder man kann ruhig sagen Lebensversicherungsgesellschaften haben das System der festen Versicherungsprämien. Es ist ihnen sogar untersagt, von vornherein etwa

sogenannte Gewinnanteile verbindlich zu versprechen oder sie in Berechnung in Aussicht zu stellen. Aber trotzdem haben diese Gesellschaften den Grundsatz, dass sie im Laufe der Jahre, je nach den Jahres-ergebnissen, auf den Versicherungsprämien Gutschriften erteilen. Wer fünf Jahre bei einer Lebensversicherung gewesen ist - auch wenn es keine genossenschaftliche Lebensversicherung ist — kann darauf rechnen, dass, wenn die Geschäfte der betreffenden Lebensversicherung richtig gehen und ein günstiges Ergebnis zeitigen, die Prämien im Laufe der Jahre abnehmen. Die Prämienzahler erhalten also soundsoviel, was sie zu viel bezahlt haben, zuriick. Man reduziert ihnen die Prämien für das nächste Jahr in der Form von Gutschriften. Wird man das den betreffenden Versicherungsgesellschaften als Gewinn belasten? Ich kann mir das nicht vorstellen; aber es wäre jedenfalls wünschenswert, zu erfahren, ob wirklich der Grundsatz, dass Ausgaben als Gewinne versteuert werden müssen, die Meinung dieser Vorlage ist. Wir sehen eine derartige sonderbare Behandlung nur in bezug auf die nicht auf Gewinn ausgehenden Genossenschaften, die von Gesetzes wegen auf die Kapitalanteile nur den landesüblichen Zins auszahlen dürfen, die gar kein Recht haben, etwa hohe Kapitalgewinne auszuzahlen. Wir beantragen Ihnen deshalb, diese Besteuerung der Rückvergütung aufzuheben.

Eine Besteuerung der Rückvergütungen wäre ungerecht, unsozial, eine nicht zurechtfertigende Belastung der Verbrancher; denn um etwas anderes handelt es sich gar nicht. Eine solche Besteuerung der Rückvergütungen wäre — ich spreche hier der Einfachheit halber nur von den Konsumgenossenschaften eine nochmalige besondere Steuerbelastung der Konsumenten. Der Konsument ist wahrhaftig heute schon genügend belastet. Es besteht gar kein Anlass und keine Rechtfertigung, ohne Not denjenigen Konsumenten, der bei einer keinen Gewinn beabsichtigenden Genossen-schaft seinen Bedarf deckt, noch einmal zu besteuern. Ich erinnere Sie ganz knapp daran, was heute ein Lohnempfänger bereits direkt und indirekt an Steuerlasten zu tragen hat. Wer heute als Lohnempfänger seinen Lebensunterhalt verdienen muss, dem werden vorab 2% für die Lohnausgleichskasse abgezogen. Es werden ihm bei der grössten Zahl der Arbeitnehmer abgezogen Beiträge für die Schweiz. Unfallversicherungsanstalt und für die Krankenkasse. Dann wird er belastet für die Einkommenssteuer. Er hat dieses Einkom-. men zu versteuern in Form von Gemeindesteuern, von Kirchensteuern, und er hat an den Kanton die kantonale Einkommenssteuer zu bezahlen. Er hat nach dieser Vorlage Wehrsteuer zu bezahlen. Mit den Warenpreisen zahlt er seinen Anteil an die Zölle. Wenn es nach dieser Vorlage geht, hat er ferner mit jedem Franken, den er für eine Ware bezahlt, 2½% Umsatzsteuer zu entrichten, und wenn es nach dieser Vorlage geht, so hat er bei jedem Einkauf, in diesem Franken inbegriffen, auch noch eine Ausgleichsteuer zu bezahlen. Sie können noch so sehr jammern über die vielfache Belastung des Besitzes. Ein Beispiel einer so unausweichlichen Kumulation von allen möglichen Steuerbelastungen, wie sie bei ganz einfachen Konsumenten vorliegt, werden Sie nirgends vorfinden.

Es ist soeben von Herrn Dr. Weber darauf hingewiesen worden, dass es im Wesen dieser indirekten Steuern liegt, dass jede Preissteigerung die Wirkung hat, dass die Ware, die teurer wird, nun nicht etwa entsprechend geringer belastet wird, sondern automatisch jede Preissteigerung noch einmal eine Steigerung der Steuerbelastung zur Folge hat. Wenn eine Ware zu 1 Franken verkauft worden ist und sie wird nun verteuert um 10 oder 20%, so sind die 2½% Umsatzsteuer auch von diesem Mehrpreis zu bezahlen, ebenfalls die Ausgleichsteuer.

In einem Zeitpunkt also, da die kleinen Einnalimen, die kleinen Verdienste eine immer schmälere Existenzgrundlage bieten, weil die Waren teurer werden, geht der Staat daran und verschlimmert die Lage für die kleinen Leute dadurch, dass er bei ihnen auch automatisch den Steuerbetrag vermehrt. Ich will hier keine Preisdiskussion herbeiführen; aber es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass eine Erhöhung des Milchpreises und eine Erhöhung des Brotpreises beschlossen wurden. Die Mühlengenossenschaften der schweizerischen Konsumvereine haben sich mit Händen und Füssen gegen diese Verteuerung des Brotes gewehrt. Die schweizerischen Konsumenten ganz allgemein haben es diesen genossenschaftlichen Unternehmungen zu verdanken, dass der Brotpreis nicht schon früher erhöht worden ist. Wenn jetzt eine Preiserhöhung für Mehl und Brot durchgesetzt worden ist, so geschah das gegen den Wunsch und den Willen dieser Mühlengenossenschaften. Aber diese Preisverteuerung ist da. Das sind nur 2 Lebensmittel. Es ist ganz selbstverständlich, dass mit der Verschärfung des wirtschaftlichen Kampfes zwischen den kriegführenden Staaten unausweichlich, auch wenn unser schweizerischer Handel keine ausserordentlichen Gewinne zu machen versucht, gewisse Preiserhöhungen eintreten werden.

Da gibt es dann schliesslich gar keine andere Möglichkeit als dass Lohnkämpfe entstehen müssen. Wenn wir die Preise erhöhen, und wenn der Staat hingeht und dem Konsumenten die Last noch erschwert dadurch, dass er von diesem geplagten Konsumenten noch derartige Steuern erhebt, ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Konsumenten, so wird die grosse Familie, die den grössten Teil ihres Einkommens für den Lebensunterhalt verwenden muss, relativ, unter Umständen sogar absolut, stärker belastet als die kleine Familie mit grossem Einkommen.

Die Besteuerung der Rückvergütungen ist eine, ich kann nicht einmal behaupten, Gleichbehandlung

Von allen Kennern ist anerkannt und festgestellt worden, dass gerade das weit entwickelte und gesetzgeberisch vernünftig behandelte Genossenschaftswesen es gewesen ist, das viel dazu beigetragen hat, dass das finnische Volk eine derartige Widerstandskraft an den Tag gelegt hat. Die Schweiz ist vielleicht neben Finnland eines der am besten genossenschaftlich organisierten Länder, aber leider kein Land, wo die Gesetzgebung und vor allem die Steuergesetzgebung bereits das notwendige Verständnis für dieses Genossenschaftswesen aufgebracht hätte.

Nationalrat Huber, Präsident des Aufsichtsrates des VSK. mit den Rabatten von Unternehmungen, die auf Gewinn ausgehen, sondern es ist sogar eine Schlechterbehandlung: denn diese Rabatte werden, soviel ich weiss, nicht besteuert. Die Genossenschaften sind bereit, als Einkommen zu versteuern, was sie als Kapitalzins, als Kapitaldividende nach Massgabe des Kapitalbesitzes verteilen, soweit es sich um die Auszahlung von Dividenden für Anteilscheine handelt. Sie sind bereit, das Einkommen zu versteuern, was den Reserven überwiesen wird, ferner das, was dem Vermögen zugewiesen wird. Aber alle sandere ist kein Einkommen, sondern ist Auslage, ist Rückerstattung und deshalb nicht zu versteuern.

leh bitte Sie, unserem Antrag grundsätzlich zuzustimmen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich gleich noch eine Bemerkung zum Eventualantrag von Herrn Kollege Wunderli anbringen und Sie dabei darauf hinweisen, dass Herr Wunderli zu den Unterzeichnern des Hauptantrages gehört. Er steht grundsätzlich - er ist ja Präsident unserer genossenschaftlichen Gruppe — auf dem Boden, dass Rückvergütungen nicht besteuert werden sollen. Aber er beantragt eventuell, d. h. für den Fall, dass die Stenerfreiheit nicht bewilligt werden sollte, sie auf 11/20/0 des 50/0 übersteigenden Betrages anzusetzen, sodass sich einander gegenüberstehen: der Antrag der Mehrheit, der einen Einheitssatz von 3% vorsieht, während Herr Wunderli gemäss dem ursprünglichen Antrag des Bundesrates einen Ansatz von 1.5% vorsieht für die Rückvergütungen, und zwar nach Antrag der Kommission, soweit sie 5 % übersteigen.

In diesem Sinne würden wir eventuell dem Antrag des Herrn Wunderli zustimmen. Wir halten aber grundsätzlich fest an dem Prinzip: Rückvergütungen sind steuerfrei zu lassen.

(In der Abstimmung wurde die Steuerbefreiung der Genossenschaften mit ganz knappem Mehr abgelehnt.

Herr Nationalrat Huber wies in der Folge mit erneut schlagender Argumentation auf die Unhalt-

barkeit dieses Beschlusses hin; die Red.:) Der Einzelhändler hat eine Steuer zu bezahlen, deren Minimum 0,4% ausmacht, aber eine Konsumgenossenschaft, und wenn sie noch so klein ist, muss 3% Steuern bezahlen. Das ist die Privilegierung der Genossenschaft! Eine Aktiengesellschaft, die aus der Warenvermittlung ein Geschäft macht, hat ein Minimum von 2% zu bezahlen, wobei das Maximum allerdings bis auf 8% gehen kann. Die meisten Konsumgenossenschaften sind kleine Genossenschaften mit geringen Ueberschüssen. Bei ihnen sind kleine Leute organisiert, und diesen kleinen Leuten wird eine Steuer auferlegt, deren Minimum weit über das hinausgeht, was kleinere Erwerbsgesellschaften oder kleinere Einzelbetriebe zu bezahlen haben. Wir haben das hinnehmen wollen und haben uns nicht dagegen gewehrt, dass die Minima etwas grösser angesetzt werden, aber wir haben uns dagegen gewehrt, dass uns Ausgaben als Gewinne belastet werden, dass man uns hier schlechter behandelt als den privaten Handel, den Profithandel. Die Notwendigkeit wenigstens einer gewissen Gleichstellung ist begründet, wenn man einer Konsumgenossenschaft, wenn sie 8% festen Rabatt gibt, 5% steuerfrei lässt, von dem Plus aber einen Steueransatz von 3% fordert: warum soll nur beim privaten Händler ein solcher Rabattsatz von 8% oder sogar 10% vollständig abgezogen werden? Wenn die Kommission diese Frage nicht überlegt haben sollte, was ich allerdings kann annehmen kann, so liegt der Fehler bei der Kommission. Diese Frage ist in einer Eingabe des Verbandes schweiz. Konsumvereine an die Kommission bereits aufgeworfen worden. Die Kommission hatte also Kenntnis davon, und wenn sie sich schon einigermassen Mühe geben wollte, die Frage der Besteuerung der Genossenschaften ernsthafter zu prüfen, als das in der Regel geschieht, hätte sie auch diese Frage prüfen sollen.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, die einigermassen verantwortet werden können: entweder sagen Sie, dass den Genossenschaften gegenüber inbezug auf die Behandlung der Rabatte wenigstens gleiches Recht gelten soll, wenn sie sich schon nicht dazu aufschwingen können, die Rückvergütung steuerfrei zu lassen, oder Sie kommen auf den Zufallsentscheid zurück und lassen die Rückvergütungen steuerfrei. Dann kann man sagen: diese ganze Behandlung der Rabattfrage gehöre nicht in die Verfassung hinein, aber jetzt haben Sie sie in der Verfassung drin zu Lasten der Genossenschaften; dort jedoch, wo es sich nicht um Genossenschaften handelt, sagen Sie einfach: Ja, das überlassen wir den Ausführungsbestimmungen. Ich hätte es gerne gesehen, wenn Sie erklärt hätten, die Kommission habe sich die Sache nicht überlegt, wolle es sich aber überlegen und vielleicht einen Antrag stellen, der den Genossenschaften gegenüber nicht ein so ganz klares Unrecht darstellt, wie es die jetzige Regelung ist.

(Auf den Antrag von Herrn Nationalrat Herzog, der die Besteuerung der Rabatte, soweit sie 5% übersteigen, postulierte und so in der Diskussion Herrn Nationalrat Huber direkten Anlass zu obiger Kritik am Abstimmungsresultat zur Frage der Steuerfreiheit gegeben hatte, werden wir noch zurückkommen; die Red.)

Brot und Milch werden teurer.

Die erfreuliche Feststellung im Artikel über die Indexentwicklung in der vorliegenden Nummer, dass von einer eigentlichen Teuerung heute noch nicht gesprochen werden kann, hat durch die in der jüngsten Zeit bekanntgegebenen Preiserhöhungen auf den zwei für die Lebenshaltung ausserordentlich wichtigen Waren Brot und Milch eine starke Trübung erfahren. Diese Preisaufschläge werden sich in der Indexgestaltung im Sinne eines sehr bemerkenswerten Ruckes nach oben auswirken. Der Preisaufschlag des Brotes, der je nach Gegend für die Konsumenten 2—3 Rappen per kg betragen wird, wird vom Kriegsernährungsamt wie folgt begründet:

Der Einstandspreis für importiertes Brotgetreide, franko schweizerische Bestimmungsstation gerechnet, ist seit Kriegsbeginn um rund 10 Franken ie Kilozentner gestiegen. Die Verteuerung ist zum Teil eine Folge von Preisaufschlägen in den Exportländern; zur Hauptsache aber belasten die Transportkosten und die Versicherungsprämien gegen Kriegsrisiko den Einstandspreis. Während beispielsweise die Seefracht absüdamerikanischen Exporthäfen nach Genua/Marseille für den Doppelzentner Getreide unmittelbar vor dem Kriegsausbruch kaum 2 Schweizerfranken kostete, muss man heute für die gleiche Transportleistung mehr als Fr. 9.—bezahlen. Die Verteuerung der Gestehungskosten des Getreides, voll auf den Brotpreis übertragen, hätte einen Brotpreisaufschlag von 10 Rappen je Kilogramm zur Folge.

Trotz der starken Verteuerung der Getreidepreise haben wir bis jetzt in der Schweiz keinen Brotpreisaufschlag gehabt. Die bei Kriegsausbruch im Lande vorhanden gewesenen Vorräte an Brotgetreide und die vom Bundesrat im September 1939 verfügte Änderung der Ausmahlungsvorschriften gestatteten, bis Ende März 1940 den Backmehlpreis von Fr. 31.— je q und den billigen Brotpreis von 43 Rappen (Einkilolaib Bernerbrot) durchzuhalten.

Das eidg. Volkswirtschaftsdepartement hat nun den Müllern auf den 1. April 1940 einen Aufschlag von Fr. 2.50 je q Backmehl bewilligt. Dieser Aufschlag wird sich etwa vom 15. April hinweg in einer Erhöhung des Brotpreises auswirken, welche 3 Rappen per Kilogramm nicht übersteigt. Wo die Brotpreise bisher über dem Landesmittel standen, soll der Aufschlag in der Regel weniger als 3 Rappen betragen.

Aussergewöhnliche Ereignisse vorbehalten, besteht Aussicht, dass die neuen Mehl- und Brotpreise während meh-

rerer Monate beibehalten werden können.

Der Schlußsatz obiger Verlautbarung lässt in abselibarer Zeit offenbar einen weiteren Brotpreisaufschlag erwarten. Es ist im Blick auf diese Entwicklung besonders wichtig, in der Mühlengenossenschaft schweizerischer Konsum vereine, die, wie sich in der Brotpreisgestaltung des ersten Quartals 1940 gezeigt hat, gegen jeden ihr ungerechtfertigt erscheinenden Aufschlag energisch Stellung nimmt, eine verantwortungsbewusste Wächterin über die Brotpreise zu haben.

Am 1. April müssen die Konsumenten auch 1 Rp. mehr für die Milch bezahlen. Der Grundpreis der Milch beträgt somit 22 Rp. Seit 1. November 1939 ist der Grundpreis sukzessive um 3 Rp. gesteigert worden. Die Käsepreisgarantie wird um 12 Fr. per 100 kg und die Butterpreisgarantie um 25 Rp. per kg erhöht, womit dem Milchverarbeiter die Kompensation für den gestiegenen Milchpreis

gewährt ist.

Der Bundesrat hat seinen zustimmenden Beschluss zur Milchpreiserhöhung an Bedingungen geknüpft, die sowohl am Radio, wie in der Presse besonders betont worden sind. Erstens soll der Zentralverband schweiz. Milchproduzenten für das Milchjahr 1940/41 keine direkten Bundessubventionen beanspruchen, und zweitens ist ihm die Pflicht überbunden, die hängigen Eingaben um Erhöhung der Fabrikations- und Handelsmargen der Milchkäufer (Käser), des Milch-, Butter- und Käse-handels, sowie die Begehren der Milchsiedereien um Zuwendung weiterer Zuschüsse zu erledigen, ohne dafür irgendwie Bundesmittel zu beanspruchen.

Angesicht dieser für die Konsumentenschaft sehr spürbaren Verteuerungen besteht das Verlangen nach einer Befreiung lebensnotwendiger Artikel von der geplanten Umsatzsteuer doppelt und dreifach zu Recht. Den einkommensschwachen Schichten, die durch die Preiserhöhungen und die ihnen sonst zugemuteten direkten und indirekten Steuern schwer zu tragen haben, muss eine Garantie gegeben werden, dass eine Minimalauswahl von Lebensmitteln von weiteren Belastungen möglichst verschont bleibt. Vermehrte Einsicht unseres Parlaments in diese Tatsache dürfte sich bei der Volksabstimmung hochbezahlt machen.

Wer erfolgreich sein will, muss sich konzentrieren können. Er muss sich aber nicht nur auf seine Arbeit konzentrieren, sondern auch auf die ewigen grossen Menschenziele geistiger Natur, damit er selbst und die Welt nicht im Materialismus versinken, damit seine Arbeit ihm neben Erfolg auch Segen bringen kann.

III. "Organisator", Schweiz. Monatsschrift, Zürich.

Volkswirtschaft

Die Schweizerische Mustermesse 1940 — ein entschlossenes und mutvolles Ja zur Wirklichkeit.

Die Schweizer Mustermesse 1940 erbringt von neuem den Beweis, dass die Schweizer Wirtschaft entschlossen ist, gegenüber den durch den Krieg geschaffenen Schwierigkeiten nicht nur entschlossen standzuhalten, sondern auch die schöpferischen Kräfte stets vorwärtsstrebend wirken zu lassen. Etwa 1100 Aussteller haben die Messehallen wiederum bis fast auf den letzten Platz belegt. Dieses Jahr überschreitet die Mustermesse den ihr als eigentliche Verkaufs- und — gemäss den besonderen Intentionen des Messedirektors Prof. Brogle — Exportmesse gesetzten Rahmen in bisher nicht gekannter Weise. Die L. A. hat da als erfolgreiche Lehrmeisterin gute Arbeit geleistet. Auch die Aussteller haben sich z. T. offensichtlich von der L. A. beeinflussen lassen und ihren Ständen ein für das Publikum bestimmt sehr einladendes Gepräge gegeben. Sogar die Höhenstrasse hat eine — in dem nüchternen mehr Werktagsrahmen, naturgemäss bescheidene, doch bei genauerer Beachtung bestimmt einprägsame — Wiederholung erlebt. Anlässlich des Pressetages von vergangenem Samstag hat der Direktor der Mustermesse, Prof. Brogle - über den Finbau und die Betonung dieser L. A. - Aspekte folgende, sehr beachtenswerte Ausführungen gemacht:

Seit die Schweizerische Landesausstellung in Zürich ihre Tore in aufgewühlter Zeit beinahe sang- und klanglos schloss, wurden wir den Gedanken nicht los, dass Wahrheiten und Grundsätze, die an dieser nationalen Manifestation so ausdrucksvoll Gestaltung fanden, weitergetragen und, wenn möglich, ins Praktische umgesetzt werden müssen; denn es gibt Wahrheiten, die nur Sprüche bleiben und die den Menschen nichts nützen, wenn es nicht gelingt, sie im praktischen Leben zu verwirklichen.

Die Schweizer Mustermesse 1940 unternimmt erstmals den Versuch, gewisse Grundtatsachen unserer nationalen Wirtschaft in anschaulicher Art und Weise dem Aussteller und dem Messebesucher vor Augen zu führen.

In einer Zeit, in der die Menschen wie nie zuvor schicksalsmässig mit der Wirtschaft verbunden sind, und in der auch die Schweizer Mustermesse sich von neuem bewusst werden muss, dass durch ihre stets intensivere Arbeit im Dienste der Wirtschaft ihre Existenzkraft wächst, in einer solchen Zeit ist es für uns Pflicht, wirtschaftserzieherische Aufgaben zu erfüllen. Im Hinblick darauf, dass unsere Messe ein Instrument im Dienste der Geschäftswelt ist. war es nie wichtiger als heute, dass gerade auch in den Messehallen das sachlich-nüchterne Geschäftsdenken schliesslich einmündet in ein Denken und Überlegen, das in die Gefilde eines vornehmen und edlen Menschentums hinaufführt. Die Gegenwart mit ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Nöten muss auch für alle Wirtschaftskreise eine Zeit der Besinnung sein, damit aus einem neuen Wirtschaftsdenken eine neue Wirtschaftsmoral sich bilden kann.

Betrachten Sie das, was wir mit Unterstützung hilfsbereiter Gönner, mit Liebe und künstlerischem Geschmack geschaften haben, als einen schlichten, erstmaligen Versuch, als ein Zeichen unseres guten Willens, in einer neuen Zeit auch eine neue Idee in das Messebild hineinzutragen. Ich erkenne die Schwierigkeiten, die zwischen unserem idealen Wollen und dem realen Können vorhanden sind. Aber ich bin davon überzeugt, dass der Arbeit des Direktors der Schweizer Mustermesse nicht nur das reale Können, sondern auch das ideale Wollen das Gepräge geben muss. Heute fühle ich mich irgendwie dafür verantwortlich, dass die Höhenstrasse-Atmosphäre weiterlebt; alles, was an der L.A. an Ursprünglichem, Grundsätzlichem und Aufbauendem für die Wirtschaft dargestellt worden ist, weitergetragen wird; dass die Saat, die durch die Landesausstellung ausgestreut wurde, in fruchtbares Erdreich

Der Besucher wird bestimmt im Sinne dieser Ausführungen reiche Eindrücke von der Mustermesse mitnehmen können.

In erireulicher Weise haben auch gewisse allgemein wirtschaftliche und militärische Erfordernisse der Jetztzeit glückliche Berücksichtigung erfahren. So verweisen wir vor allem auf die Fachgruppe «Luitschutz und Feuerwehr», die in der letzten Nummer schon erwähnte Sondergruppe «Abfallverwertung und Schadenbekämpfung» und die Spezialgruppe «Ernährung im Kriege», wo in illustrativer Weise die Ausstattung und Lagerung des Notvorrats für die Familie gezeigt wird. In das Kapitel Schadenbekämpfung gehört auch das erfolgreiche Mottenbekämpfungsmittel Mitin, dessen Herstellung den Presseleuten in illustrativer Weise durch Film und mündliche Erklärungen erläutert wurde. Sehr empfehlenswert ist auch der Besuch des Bücherstandes. Der Buchhändler-Verein hat zwar offenbar für nötig befunden, eine Reihe angriffiger Formulierungen wie «Nur der Buchhändler kann dich richtig beraten» und «Nur der Buchhändler schützt dich vor Uebervorteilung» auffällig an der Wand anzubringen. Im Blick auf die von den Buchgemeinschaften (z. B. Büchergilde Gutenberg) geleisteten Dienste hätte man solche Behauptungen besser unterlassen. Doch diese Kritik soll die Qualität des schweizerisch gediegen ausgestellten geistigen Gutes in keiner Weise mindern.

Die Schweizer Mustermesse 1940 verdient den Besuch des Schweizervolkes. Möge es dem an es gerichteten Appell in Massen Folge geben. r.

Verwaltungskommission

1. Am 23. März 1940 waren 40 Jahre verilossen, seitdem unser früherer Präsident der Verwaltungskommission, Herr Dr. B. Jaeggi, in die Dienste des V. S. K. eingetreten ist.

Die Verwaltungskommission nahm Veranlassung, dieses Anlasses zu gedenken, indem sie Herrn Dr. Jaeggi einen Blumenkorb überreichte, wobei von Herrn Maire die grossen Verdienste, die sich der Jubilar um die kraftvolle Entwicklung des V.S.K.

und der gesamten Genossenschaftsbewegung erworben hat, hervorgehoben wurden.

2. Mit tiefem Bedauern hat die Verwaltungskommission Kenntnis genommen vom Hinschied von
Herrn Fridolin Hefti, Altzugführer, Rapperswil. Herr
Hefti war Mitbegründer und während einiger Jahre
auch Präsident der ehemaligen Konsumgenossenschaft Zürichsee, rechtes Ufer. Später wirkte er
viele Jahre als Mitglied im Vorstand der Allg. Konsumgenossenschaft Rapperswil. Den Genossenschaftern des Glarnerlandes und des Linthgebietes war
der Verstorbene bekannt als Aktuar des Kreisvorstandes IXa.

Wir verlieren in Herrn Hefti einen überzeugten Genossenschafter, der nicht nur der Konsumgenossenschaftsbewegung im engeren Kreise, sondern auch der nationalen Bewegung grosse Dienste geleistet hat. Der Trauerfamilie sowie der Allg. Konsumgenossenschaft Rapperswil sind Kondolenzschreiben zugestellt worden.

Genossenschaftliches Seminar

(Stiftung von Bernhard Jaeggi)

Dem Genossenschaftlichen Seminar sind überwiesen worden:

Fr. 10,000.— von der Schuh-Coop, Basel,

- » 500.— vom Konsumverein Wettingen,
- » 400.— von der Société de consommation de Neuchâtel,
- » 100.— von der Société coop. de consommation St-Imier,
- 300.— vom Allg. Konsumverein Luzern,
- 300.— von der Minoterie coopérative du Léman, Rivaz.

Diese Vergabungen werden bestens verdankt.

Versammlungskalender

Sonntag, den 7. April 1940:

Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine (M. S. K.): 28. ordentliche Generalversammlung, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Du Pont beim Bahnhof, Zürich.

Montag, den 22. April 1940:

Arbeitsgemeinschaft der Konsumgenossenschaften mit Spezialläden: Frühjahrskonferenz, vormittags 9½ Uhr, im grossen Sitzungssaal im 5. Stock des St. Annahofes, Zürich, Eingang St. Annagasse (Lift).

Arbeitsmarkt

Nachfrage.

Gesucht tüchtiger Verwalter-Kassier mit gründlichen Kenntnissen der kaufmännischen Führung eines Betriebes. Warenkenntnisse folgender Branchen sind notwendig: Lebensmittel, Landesprodukte, Bäckerei, Textil- und Schuhwaren. Offerten mit Bildungsgang, Gehaltsansprüchen, Photo und Zeugniskopien sind bis am 10. April 1940 an den Konsumverein Netstal (Gl.) zu richten.